

Nationalrat lockert die Sparschraube bei der IV

Mitte-links-Allianz verschont Rentner vor neuen Kürzungen. SVP und FDP sehen das Volk betrogen.

Von Markus Brotschi, Bern

Die Invalidenversicherung (IV) schreibt dieses Jahr erstmals seit über einem Jahrzehnt wieder schwarze Zahlen. Gerechnet wird mit einer halben Milliarde Franken Überschuss. Unter diesem Eindruck hat der Nationalrat gestern auf den Grossteil des letzten aller IV-Sparpakete verzichtet. Ursprünglich wollte der Bundesrat mit der IV-Revision 6b nochmals 700 Millionen pro Jahr sparen. Bereits der Ständerat reduzierte die Kürzungen auf 250 Millionen. Nach der Debatte im Nationalrat bleiben unter dem Strich noch einige wenige Millionen.

Durchgesetzt hat sich eine Allianz von CVP, EVP, Grünliberalen, SP und Grünen. Sie argumentierten, dass angesichts der positiven Wirkung der vorangegangenen Sanierungsschritte auf unnötige Härten bei den IV-Rentnern verzichtet werden könne. Die SVP, die bisher bei den IV-Spardebatten immer den Ton angab, sprach dagegen von einem «Trauerspiel». Christoph Blocher warf dem Rat vor, das Volk «faustdick angelogen» zu haben. Dieses habe der IV-Zusatzfinanzierung von 0,4 Mehrwertsteuerprozenten nur zugestimmt, weil ihm eine konsequente Sanierung der IV versprochen worden sei. Auch die FDP kritisierte, der Nationalrat breche ein Versprechen gegenüber dem Volk. Nur mit einem konsequenten Sparkurs könne die IV ihre Schulden von 15 Mil-

liarden bei der AHV bis 2025 zurückzahlen, sagte Bruno Pezzatti (FDP, ZG). Nach den Nationalratsbeschlüssen dauert der Schuldenabbau nun bis 2029.

Kinderrenten nicht gekürzt

Der Nationalrat verzichtete trotz aller Ermahnungen von rechts darauf, die Zusatzrenten für IV-Rentner mit Kindern von 40 auf 30 Prozent einer Invalidenrente zu kürzen. Auch erstattet die IV weiterhin Reisekosten, die bei Eingliederungsmassnahmen anfallen. Diese beiden Sparmassnahmen entfernte der Rat auf Antrag von Maja Ingold (EVP, ZH) aus der Vorlage. Sie seien aufzuschieben, bis Klarheit über die Wirkung der früheren IV-Revisionen bestehe. Auch der Bundesrat war mit diesem Vorgehen einverstanden, obwohl sich der Spareffekt der Vorlage damit auf 105 Millionen verringerte. Sozialminister Alain Berset hatte bei den Nationalräten in den letzten Wochen für diese Abspaltung geworben, nicht zuletzt um ein Referendum der Behindertenverbände zu verhindern.

Gegen den Willen des Bundesrats machte der Nationalrat auch Abstriche beim Kernstück der Revision 6b, womit sich der Spareffekt fast auf null reduziert. Er stimmte zwar der Einführung eines linearen Rentensystems zu. Jedoch erhalten die Behinderten wie heute ab einem Invaliditätsgrad von 70 Prozent die volle Rente. Erreicht hat dies Chris-



CVP-Nationalrat Christian Lohr erreichte, dass ab Invaliditätsgrad 70 Prozent weiterhin die volle Rente bezahlt wird. Foto: Keystone

tian Lohr (CVP, TG), der aufgrund einer Contergan-Schädigung auf einen Rollstuhl angewiesen ist, jedoch keine IV-Rente bezieht. Lohr warnte davor, dass Schwerstbehinderte empfindliche Rentenverluste erleiden, wenn, wie von Bundesrat und Ständerat beschlossen, erst ab 80-prozentiger Invalidität die Vollrente bezahlt werde. Kaum jemand mit 70 Prozent Invalidität werde eine Arbeit finden, um die Verluste auszugleichen.

Referendum vom Tisch

Das lineare System gilt nun nur für Invaliditätsgrade zwischen 50 und 69 Pro-

zent. Dabei fahren jene zwischen 50 und 59 Prozent gegenüber heute besser; bisher erhielten sie eine halbe Rente. Jene zwischen 60 und 69 Prozent, die bisher eine Dreiviertelrente erhielten, erleiden eine Einbusse. In einem Punkt beharrte der Nationalrat auf der von seiner Sozialkommission vorgeschlagenen harten Linie. Im Gegensatz zum Ständerat beschloss er, dass das lineare System auch auf Altrenten angewendet werden soll, womit einige Tausend IV-Bezüger eine Rentenkürzung erleiden. Für die IV fallen die Einsparungen jedoch kaum ins Gewicht.

SVP und FDP stimmten am Schluss der Nationalratsdebatte gegen die Vorlage, weil sie ihrer Ansicht nach nichts mehr bringe. Dennoch erhielt IV-Revision 6b mit 93 zu 80 Stimmen eine Mehrheit, womit sie zurück an den Ständerat geht. Ruth Humbel (CVP, AG), die als eine der wenigen ihrer Partei am Sparkurs festhielt, hofft nun, dass die kleine Kammer zumindest bei der Vollrente auf einem Invaliditätsgrad von 80 Prozent beharrt. Die Behindertenverbände und die Linke können hingegen mit dem Resultat zufrieden sein und auf das Referendum verzichten.